Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 36 (1956-1957)
Heft: 12

Artikel: Moskaus Rückkehr zum Stalinismus
Autor: Korab, Alexander
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-160594

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

MOSKAUS RÜCKKEHR ZUM STALINISMUS

VON ALEXANDER KORAB

Genau ein Jahr trennt uns von dem XX. Parteitag der kommunistischen Parteien der Sowjetunion, und es ist durchaus angebracht, eine Rückschau auf die dazwischenliegende Entwicklung in Sowjetrußland zu halten. Hat doch jener Kongreß der russischen Partei das stalinistische Dogma für ungültig erklärt und den Schöpfer des sowjetrussischen Imperiums von dem Piedestal heruntergerissen. Man muß jedoch von vornherein eine einschränkende Bemerkung machen. Auf dem XX. Parteitag wurde zwar nicht von dem Stalinismus als einem Begriff gesprochen und weder die sowjetrussischen Politiker, noch Ideologen, noch Journalisten, haben jemals diesen Begriff angewandt. Das, was seit Jahrzehnten in der westlichen Publizistik als eine adäquate Bezeichnung für das in der Sowjetunion herrschende System war, wurde auf dem Moskauer Parteitag mit einer irreführenden Umschreibung als «der Personenkult» bezeichnet. Zwar hat der Erste Parteisekretär Nikita Chruschtschew durch seine Geheimrede über die Rolle Stalins dem unpräzisen Begriff einen konkreten Inhalt gegeben, aber diese Rede Chruschtschews ist als eine offizielle Verlautbarung und als eine ideologisch-historische Quelle für den breiteren Kreis der sowjetrussischen bzw. volksdemokratischen Kommunisten geschweige denn für die Öffentlichkeit nie freigegeben worden.

Jedoch ungeachtet der Zurückhaltung, mit der die Epigonen Stalins an die Vernichtung des erstarrten ideologischen, politischen und wirtschaftlichen Systems herangingen, wurden auf dem Moskauer Parteikongreß die wichtigsten Thesen des Stalinismus außer Kraft gesetzt. Der Unterschied zwischen der Situation vor dem XX. Parteitag und der durch die Entscheidung des Parteitages formell neu entstandenen Lage kann anhand einer Gegenüberstellung der Hauptmerkmale des Stalinismus und der Direktiven des Entstalinisierungsprogrammes des XX. Parteikongresses veranschaulicht werden:

Stalinismus:	*XX. Parteitag*
Führungsrolle der Sowjetunion im Kommunismus und ein genaues Nachahmen der sowjetrussischen Vorbilder durch andere Parteien.	Die Anerkennung der nationalen Besonderheiten. — «Der selbständige Weg zum Sozialismus.»
Strenger Zentralismus in der Politik und in der Wirtschaft und großrussischer Chauvinismus.	Dezentralisierungsmaßnahmen und mehr Recht für die nichtrussischen Republiken der Sowjetunion.
Der permanent wachsende Klassenkampf beim Aufbau des Sozialismus	Je mehr der Sozialismus verwirklicht wird, desto schwächer der Klassenkampf.
Rücksichtslose Bevormundung der Wissenschaft, Literatur und Kunst. (Die Gefahr des Kosmopolitismus, sozialistischer Realismus, positiver Held, russische Erfindungen.)	Die Notwendigkeit einer objektiven Wissenschaft; die Bekämpfung einer konfliktlosen Literatur; relative Freiheit für Schriftsteller und Künstler.
Absolute Feindschaft gegenüber den westlichen Sozialdemokraten.	Bereitschaft zu den Gesprächen mit den Sozialdemokraten.
Aggressive Außenpolitik und Propaganda. Keine Berührung mit der westlichen Ideologie.	Die Konzeption der Koexistenz. Nachlassen der antiwestlichen Propaganda. Wettbewerb mit der bürgerlichen Ideologie.

Die allgemeine Auflockerung, die nach der Verkündung der neuen Leitsätze sowohl in der Sowjetunion wie auch in den Satellitenstaaten auftrat, brachte bald eine Diskussion in Gang, die einige Gefahren für die Nachfolger Stalins und insbesondere für die Hauptfigur des XX. Parteitages, dem Ersten Parteisekretär Chruschtschew, in sich barg. Unter den italienischen Kommunisten und Linkssozialisten und später innerhalb einiger anderer Parteien, vor allem bei den polnischen Marxisten wurden die Zweifel über die offizielle sowjetrussische Deutung des Stalinismus laut. Immer stärker setzte sich die Tendenz durch, nicht nur in den Fehlern und Charaktereigenschaften Stalins die Quelle des Unheils und die Begründung der Verbrechen zu sehen. Die kommunistischen und linkssozialistischen Theoretiker waren auf dem besten Wege, zu den gleichen Erkenntnissen über das Wesen des Stalinismus zu kommen, welche die von ihnen verpönte bürgerliche Soziologie und Publizistik bereits seit Jahrzehnten als eine Arbeitshypothese und Arbeitsmethode anwandte. Diese revisionistischen Tendenzen sprengten die engen Grenzen des Begriffs des Personenkultes auseinander und desavouierten die theoretische Leistung des XX. Parteitages. Dagegen wandte sich die sowjetrussische Parteiführung und beschloß am 30. Juni 1956 eine Sprachregelung, in welcher der erste wichtige Schritt zur Einschränkung des Entstalinisierungsprogramms getan wurde. Das Zentralkomitee der KPdSU hat durch den entscheidenden Satz in der Verlautbarung vom 30. Juni, daß es «ein grober Fehler wäre, aus der Tatsache, daß früher ein Personenkult bestand, Schlüsse oder irgendwelche Änderungen in der

Gesellschaftsordnung in der UdSSR zu ziehen, oder die Quelle dieses Kults in der Natur der sowjetischen Gesellschaftsordnung zu suchen»[1]), jede ernste Auseinandersetzung mit dem Stalinismus im sowjetrussischen Bereich unmöglich gemacht.

Der zweite wichtige Punkt des Beschlusses des ZK der KPdSU betraf die Frage der Beziehungen zwischen den einzelnen kommunistischen Parteien. Die russische Parteiführung nahm sowohl die Komintern als auch die Kominform in Schutz und erklärte, daß die Auflösung der beiden Organisationen keineswegs zur Unterschätzung der Kontakte und der «ideologischen Einheit» sowie der «brüderlichen Solidarität» führen darf. Moskau appellierte an die «ideologische Geschlossenheit» der kommunistischen Partei und warnte die ausländischen Parteiorganisationen vor der Gefahr, die ihnen angeblich von dem «amerikanischen Monopolkapital» droht[2]). Damit meldete die sowjetrussische Partei ihren Führungsanspruch an und versuchte, den Begriff von «einem selbständigen Weg zum Sozialismus» einzuengen.

Die Sprachregelung des Zentralkomitees der russischen Partei über die «Überwindung des Personenkultes und seiner Folgen» bedeutete zwar ein regressives Moment in der innenpolitischen Entwicklung der Sowjetunion nach dem XX. Parteitag, aber sie enthielt noch nicht Bestimmungen, die auf eine Rückkehr zum Stalinismus hinwiesen. Erst die Ereignisse in Polen und in Ungarn haben diesen Prozeß beschleunigt. Der russische Interventionsversuch gegen den antistalinistischen Umsturz in Polen und die Unterdrückung der ungarischen Revolution waren ein flagranter Bruch der Beschlüsse des XX. Parteitages über den eigenen Weg zum Sozialismus. Nach dem 4. November 1956, das heißt, nach dem Tag der zweiten russischen militärischen Intervention in Ungarn, kam eine lawinenartige Restalinisierung in Gang. Die äußeren Merkmale dieser Entwicklung fanden in zwei innenpolitischen Ereignissen in der Sowjetunion ihren Ausdruck.

Suslow, Molotow, Perwuchin

Das erste zeigte sich in der Rede, die das Mitglied des russischen Politbüros Michail Andrejewitsch Suslow anläßlich des 39. Jahrestages der bolschewistischen Oktoberrevolution in Moskau hielt. Schon das Auftreten dieses Politikers war ein vielsagendes Symptom für eine Neukonstellation der politischen Kräfte in der sowjetrussischen Hierarchie, weil Suslow seit jeher als Exponent der stalinistischen Gruppe gegolten hat. Er war einer der Inspiratoren und Organisatoren der Kominform; er leitete die jahrelange Aktion gegen die westlichen Einflüsse in der Sowjetunion, die unter der Parole der Bekämpfung des Kosmopolitismus lief, und er war der Hauptexponent der titofeindlichen Politik Moskaus[3]).

Daß gerade Suslow mit der programmatischen Rede zum Jahrestag der bolschewistischen Oktoberrevolution beauftragt wurde, läßt darauf schließen, daß zu jener Zeit, das heißt im Spätherbst 1956, die sogenannte liberale Gruppe um Chruschtschew und Mikojan in die Minderheit geriet und daß ihre Konkurrenten mit Molotow, Kaganowitsch und Suslow an der Spitze die Oberhand gewannen. Auch die Ausführungen Suslows am Jahrestage der Revolution zeugten von einer Umkehr in den ideologischen Auffassungen der sowjetrussischen Parteiführung. Mit Nachdruck betonte der Sprecher des russischen Politbüros die Bedeutung der «Wachsamkeit der sozialistischen Länder» sowie die Notwendigkeit, «die Einheit und Geschlossenheit der ganzen sozialistischen Welt» zu wahren. Drohend erklärte Suslow, daß die Versuche, «die kommunistische Bewegung in feindliche Fraktionen zu spalten», mißlingen werden[4]).

Das zweite Ereignis trat mit der Ernennung Molotows am 21. November 1956 zum Minister für Staatskontrolle ein. Die Bedeutung dieser Nominierung ging über das Maß eines gewöhnlichen Wechsels auf einem Ministerposten hinaus und sie verdient eine eingehendere Untersuchung. Dabei muß man zunächst die Wandlungen und die Rolle des Ressorts, das nunmehr von Molotow geleitet wird, erläutern[5]).

Die Bildung eines Kontrollapparates für die unter den Wirren der nachrevolutionären Zeit in Rußland entstandene Situation wurde auf dem 8. Parteitag der Bolschewiken im März 1919 beschlossen. Lenin schlug damals die Kandidatur Stalins für den Posten des Volkskommissars der Staatskontrolle vor und begründete das mit den Worten: «Es ist wichtig, daß die Führung ein Mann mit der Autorität übernimmt, weil wir sonst in den kleinen Intrigen versinken werden.» Vielleicht wurden ähnliche Motive von der Mehrheit des Politbüros bei der Nominierung Molotows zum Minister für Staatskontrolle angeführt.

Am 12. April 1919 haben Lenin und Kalinin das Dekret über die Aufgaben des Kontrollapparates im russischen Staatswesen herausgegeben. Die offizielle Bezeichnung der neuen Behörde lautete: «Sozialistische Volkskontrolle». Sie erhielt weitgehende Vollmachten und Stalin, dem diese Institution unterstand, verwandelte sie in ein streng zentralistisches Instrument, das dem späteren Diktator Rußlands als erstes Sprungbrett für den Ausbau seiner Position für die künftigen Machtkämpfe diente.

Das Amt der «Sozialistischen Volkskontrolle» wurde auf die Initiative Stalins hin bereits 1920 in die sogenannte «Arbeiter- und Bauerninspektion» umbenannt und galt neben der Vorläuferin der GPU und NKWD der «Tscheka» unter der russischen Abkürzung «Rabkrin» als eine gefürchtete Waffe der bolschewistischen Partei. Die Aufgaben der Arbeiter- und Bauerninspektion wurden von Stalin sehr lapidar umrissen, indem er erklärte, daß die Vertreter des sowjetrussischen Kontrollapparates sich stets von einem Gesetz leiten lassen sollen, nämlich «keine Rücksicht auf

die einzelnen Personen und ihre Posten zu nehmen, sondern nur das oberste Ziel und nur die Interessen dieses Zieles zu berücksichtigen». Aus dem Bestreben und auf Betreiben Stalins, die Macht des Kontrollapparates aus dem Bereich der Verwaltung und der Wirtschaft auf die organisatorischen Fragen der Partei auszudehnen, wurde auf dem 12. Parteitag im April 1923 der Beschluß gefaßt, daß die «Arbeiter- und Bauerninspektion» mit der «Zentralen Kommission für Parteikontrolle» vereinigt werde. Diese Struktur bliebe bis zum Jahre 1934 und wurde auf Vorschlag Stalins wiederum in zwei Institutionen eingeteilt. Bei dem Zentralkomitee der Partei entstand die Parteikontrollkommission und bei dem Sownarkon, dem damaligen Ministerrat, wurde die Kommission für sowjetische Kontrolle gegründet. Beide verwandelten sich in Vollzugsorgane der Geheimpolizei unter Jeschow und noch stärker unter Berija. Inzwischen entstand auch eine ähnliche Institution bei der Roten Armee, die den Namen «Hauptkriegskontrolle» trug.

Nach Ausbruch des zweiten Weltkrieges wurden im Zuge der militärischen Straffung des sowjetrussischen Staatsapparates im September 1940 die Kommission der sowjetischen Kontrolle mit der Hauptkriegskontrolle zusammengelegt und in ein Volkskommissariat für Staatskontrolle der UdSSR umgewandelt. Die Leitung des neuen Volkskommissariats wurde dem früheren leitenden Beamten der Arbeiter- und Bauerninspektion und dem späteren Chef der politischen Hauptverwaltung der Roten Armee, dem Generalobersten Lew Sacharowitsch Mechlis, übertragen. Die Tätigkeit des Kommissariats für Staatskontrolle in den Kriegszeiten konzentrierte sich hauptsächlich auf die Ausführung der Befehle des Staatlichen Verteidigungskomitees, das unter Leitung Stalins die militärische, politische und wirtschaftliche Gesamtplanung des Krieges in Händen hatte. Zu den besonderen Aufgaben dieses Volkskommissariats gehörte vor allem, in engster Zusammenarbeit mit den Staatssicherheitsorganen, die Gewährleistung der Verlegung von Industriebetrieben, Rohstoffen und Menschenreserven aus dem von den deutschen Truppen bedrohten europäischen Teil Rußlands in die mittelasiatischen und fernöstlichen Teile der Sowjetunion.

Nach dem zweiten Weltkrieg wurden durch einen Beschluß des Obersten Sowjets ein Ministerium für Staatskontrolle der UdSSR gebildet und durch einen besonderen Erlaß seine weitgreifenden Kompetenzen festgelegt. Sie dehnten sich praktisch auf sämtliche Gebiete der sowjetrussischen Verwaltung und Wirtschaft aus, und die sogenannten Hauptkontrolleure des Ministeriums hatten eine uneingeschränkte Macht bei der Überprüfung der Arbeit der anderen Ministerien, mit Ausnahme der Geheimpolizei. Nachdem jedoch durch den Tod von Lew Mechlis am 13. Februar 1953 Berija seinen Vertrauten, den Generalobersten der Staatssicherheit, Merkulow, auf den Posten des Ministers für Staatskontrolle etabliert hatte, konnte die Tätigkeit des Ressorts für Staatskon-

trolle mit derjenigen für das Innere und für Staatssicherheit koordiniert werden.

Der Tod des sowjetrussischen Alleinherrschers und die Berija-Krise im Jahre 1953 brachten zunächst einen Wechsel auf dem Posten des Leiters des Ministeriums für Staatskontrolle. Der Generaloberst für Staatssicherheit, Merkulow, wurde zusammen mit seinem mächtigen Protektor hingerichtet und das Ministerium übernahm Shaworonkow, der früher im Parteiapparat und bei der Verwaltung tätig war. Mit diesem Wechsel begann auch ein deutlicher Machtverlust des Ministers für Staatskontrolle, dessen Befugnisse zunehmend von dem Parteiapparat Chruschtschews übernommen wurden. Die Beschlüsse des XX. Parteitages, die eine Lockerung in der Verwaltungsstruktur der Sowjetunion zu Gunsten der einzelnen Unionsrepubliken brachten, trugen zu einer weiteren Entmachtung der zentralen Staatskontrolle bei. Die versprochene Demokratisierung des Landes sollte sich nunmehr auf den Grundsätzen einer von unten herkommenden Kontrolle durch die «Wähler» und durch die ständigen Kommissionen der Sowjets bis zur höchsten Spitze des sowjetrussischen Scheinparlamentes des Obersten Sowjets entwickeln. Diese Versprechungen scheinen auf einen erbitterten Widerstand des orthodoxen und zentralistisch orientierten Flügels im Politbüro gestoßen zu sein, dessen Sprecher wahrscheinlich in erster Linie Molotow ist. Die Ernennung Molotows zum Minister für Staatskontrolle kann somit nichts anderes bedeuten als den Einbau einer Sicherung, daß die Demokratisierungspläne und die Dezentralisierung der Sowjetunion nicht allzuweit gehen können. Die Geheimpolizei und die Staatssicherheit sind in der stalinistischen Ära allzu offenkundig kompromittiert worden, als daß man den Rückfall in den Stalinismus mit diesen bewährten Organen des totalitären Terrors durchführen könnte. Außerdem ist das Innenministerium und das Kommissariat für Staatssicherheit mit den Parteigängern Chruschtschews besetzt, welche die Politik des Parteichefs und das Primat des Parteiapparates vorbehaltlos billigen. So versuchen die im Aufkommen begriffenen Exponenten des Stalinismus mit Hilfe des nach außen hin weniger gefährlich erscheinenden Ministeriums für Staatskontrolle ihren Einfluß auf die Innenpolitik des Landes zu gewinnen. Die persönlichen Qualifikationen und die langjährigen Erfahrungen, die Molotow in der engen Zusammenarbeit mit Stalin gewonnen hat, lassen vermuten, daß der neue Minister für Staatskontrolle aus seinem Ressort ein präzises Werkzeug für die Straffung der sowjetrussischen Diktatur im stalinistischen Sinne machen wird[6]).

In einem sowohl sachlichen wie auch logischen Zusammenhang mit der Stärkung des Ministeriums für Staatskontrolle steht die Berufung von Mihail Georgijewitsch Perwuchin zum neuen Leiter der sowjetrussischen Staatlichen Planungskommission[7]). Auch Perwuchin soll nach Erklärungen des vor einigen Jahren aus dem sowjetischen Hauptquar-

tier in Deutschland geflüchteten Oberst Grigorij Tokajew zu dem «harten Kern» der großrussisch und zentralistisch orientierten Parteiführer Rußlands gehören[8]). Dazu gehört auch die am 16. Februar 1957 bekanntgegebene Absetzung des Aussenministers Schepilow und die Ernennung Gromykos.

Kampf um das Primat Rußlands

Parallel mit der Wiederkehr der stalinistischen Kräfte in die Schlüsselpositionen der sowjetrussischen Innenpolitik zeichnet sich die Wiederaufnahme der früheren Parolen und Angriffe, die gegen die Selbständigkeit der nichtrussischen Nationen in der Sowjetunion gerichtet sind. Bezeichnend dafür sind die Ausführungen der leitenden Parteifunktionäre, Verwaltungsbeamten und der mit der Überwachung der Literatur und Kunst beauftragten Parteileute, die zunächst im November 1956 gemacht wurden und sich in den darauffolgenden Monaten, im Dezember 1956 und Januar 1957, verdichteten. Das gilt in erster Linie für die neuralgischen Punkte des Sowjetimperiums, nämlich Baltikum, Ukraine und Georgien. Aus allen bisherigen Verlautbarungen, die entweder in der Presse oder auf den öffentlichen Versammlungen erfolgten, drängen ähnliche Töne heraus, wie sie in den stalinistischen Jahren üblich waren. Man beschuldigt die oppositionellen Kräfte in diesen Republiken, daß sie dem «bourgeoisen Nationalismus» huldigen und daß solche Erscheinungen nicht geduldet werden[9]). Damit sind auch die Beschlüsse des XX. Parteitages in der Nationalitätenpolitik wenn auch nicht ganz aufgehoben, so doch stark angefochten worden.

Viel klarer und eindeutiger tritt die Revision der Thesen vom «selbständigen Weg zum Sozialismus» in Erscheinung. Nachdem Suslow bereits Anfang November einen ersten Schritt in dieser Richtung getan hat, mehren sich seitdem organisatorische und propagandistische Maßnahmen Moskaus, welche die Führungsrolle der Sowjetunion im Kommunismus behaupten sollen. Dabei verfolgt die russische Parteiführung eine mehrgleisige Taktik, die dem komplizierten Prozeß auf diesem Gebiet Rechnung zu tragen versucht. Ein einfacher Befehl, wie zu Lebzeiten Stalins, reicht nicht mehr aus, um die Meinungsverschiedenheiten und die Selbständigkeitstendenzen der einzelnen Parteien zum Verstummen zu bringen und die verlorene Hegemonie der sowjetrussischen Partei im alten Sinne wieder herzustellen. Deshalb versucht Moskau mit verschiedenen taktischen Mitteln zu operieren. Dazu gehört in erster Linie die Bemühung, die Einflüsse des titoistischen Jugoslawien auf die Parteien der Satellitenstaaten einzuschränken und Jugoslawien ideologisch und politisch zu isolieren. Eine ganze Pläjade von sowjetrussischen Theoretikern ist vom Politbüro der KPdSU mobilisiert worden, um gegen die

ideologischen Thesen des Titoismus einschlägige Argumente zu konstruieren. Die umfangreiche Aktion wendet sich gegen den Standpunkt Jugoslawiens über die Selbständigkeit der einzelnen Parteien, ferner gegen die Einrichtungen im jugoslawischen Kommunismus, wie z. B. die Institution der Arbeiterräte, die eine Anziehungskraft auf die Parteien und Arbeiter der Satellitenländer ausübt[10]).

Gleichzeitig macht die Moskauer Parteizentrale alle Anstrengungen organisatorischer Natur, um den sogenannten Polyzentrismus, das heißt die organisatorische Auflockerung der internationalen kommunistischen Bewegung, die sich infolge des XX. Parteitages in mehreren Parteien bemerkbar macht, abzustoppen. Man stützt sich dabei auf diejenigen Parteiführungen des Auslandes, die vorbehaltlos den Führungsanspruch der sowjetrussischen Partei anerkennen und eine Wiederauflebung der Komintern bzw. der Kominform begrüßen würden. Es sind vor allem die kommunistischen Parteien Ostdeutschlands, der Tschechoslowakei, Frankreichs, Bulgariens und Albaniens. Unter diesem Gesichtspunkt wurden im Dezember und im Januar zahlreiche Tagungen der Parteiführungen in Moskau, Prag, Budapest und Tirana abgehalten, wobei in allen Beschlüssen das Primat der Sowjetunion in der internationalen kommunistischen Bewegung hervorgehoben wurde[11]).

Von größter Bedeutung für Moskau wäre dabei die Unterstützung der chinesischen kommunistischen Partei. Diesem Ziel sollten die in Moskau mit dem chinesischen Ministerpräsidenten und Mitglied des Politbüros der KP Rotchinas, Tschu En-lai, geführten Verhandlungen dienen. Man hat jedoch den Eindruck, daß die chinesischen Kommunisten dem Moskauer Bestreben nach einer Wiederherstellung einer internationalen kommunistischen Organisation unter einer einseitigen Führung der russischen Partei nicht in dem Maße zugestimmt haben, wie das russischerseits erwartet wurde. Immerhin bedeutete das chinesisch-sowjetische Communiqué über den Verlauf der Moskauer Gespräche einen wertvollen Dienst, den man in propagandistischer Hinsicht gut kapitalisieren kann[12]).

Daß die sowjetrussische Partei irgendwelche Pläne bezüglich der Wiederbelebung eines komintern- oder kominformähnlichen organisatorischen Zentrums erwägt, wurde aus mehreren Stimmen der sowjetrussischen Parteizeitschriften ersichtlich. Man geht allerdings noch nicht so weit, daß man bereits in unmißverständlicher Weise eine Neugründung der kommunistischen internationalen Zentrale unter der Ägide Moskaus verlangen würde, sondern man beschränkt sich zunächst auf Erklärungen, daß sowohl die Komintern wie auch die Kominform wertvolle Institutionen waren, welche die internationale kommunistische Bewegung bedeutend in ihrem Kampf stärkten[13]).

Auf der gleichen Linie liegt der ideologische Kampf, den Moskau gegenwärtig gegen sämtliche Erscheinungsformen des Nationalkommunismus führt. Der Erste Parteisekretär der KPdSU, Chruschtschew, hat in

seinem Neujahrsinterview für das Zentralorgan der tschechoslowakischen KP den Nationalkommunismus scharf angegriffen. Chruschtschew erklärte: «Jede einseitige Auffassung der nationalen Eigenheiten und ihr betontes Herausstellen ‚besonderer Wege' zum Sozialismus in diesem oder jenem Land schaden sowohl dem sozialistischen Aufbau in dem jeweiligen Land als auch der ganzen Familie der sozialistischen Nationen»[14]). Die Parole Chruschtschews ist inzwischen zu einem Gesetz des Handelns geworden und die Parteiagitatoren im russischen Parteiapparat führen eine breite Aufklärungskampagne über die angebliche Schädlichkeit der Idee des Nationalkommunismus[15]).

Entsprechend dieser Haltung der russischen Partei mußte die Entwicklung in Polen, die sämtliche Merkmale des Nationalkommunismus trägt, zu Gegenmaßnahmen der stalinistisch-orientierten Parteien führen. Da Moskau durch das Abkommen mit dem Gomulka-Regime vom 18. November 1956 de facto den Oktoberumsturz in Polen anerkannt hat, können die sowjetrussischen Kommunisten den polnischen Nationalkommunismus kaum angreifen. Sie überlassen diese Aufgabe den anderen Parteien, vor allem der tschechoslowakischen und der ostdeutschen[16]).

Diese Rücksichten betreffen zwar das führende Parteigremium und die parteioffizielle «Prawda», aber nicht die anderen Presseorgane Sowjetrußlands. So wurden in der letzten Zeit Angriffe gegen die Entwicklung in Polen in den literarischen Zeitschriften Moskaus, wie «Literaturnaja Gaseta», «Nowyj Mir» und in Kiew veröffentlicht. Die sowjetrussischen Autoren sind über die Entwicklung im polnischen kulturellen Leben seit Oktober 1956 entsetzt und werfen der polnischen Presse, der Literatur und der Malerei das «nihilistische Verhältnis zu dem Grundsatz der Parteilichkeit der Kunst» vor[17]).

Klassenkampf, Kulturpolitik, Koexistenz

Ein weiteres Element der Re-Stalinisierung bildet eine Revision der Bestimmungen des XX. Parteitages von der Klassenkampfparole. Die Umkehr auf diesem Gebiet erfolgte bereits Ende Oktober, offensichtlich unter dem Eindruck der ersten Ereignisse in Polen und in Ungarn. Die neuen Parolen von dem Klassenkampf sind in der theoretischen Zeitschrift für die Parteiaktivisten der russischen Partei «Partijnaja Schisnj» bekanntgegeben worden[18]). Entgegen den Beschlüssen des XX. Parteitages, welche die Schädlichkeit der stalinschen Leitsätze von dem permanent wachsenden Klassenkampf eingesehen haben, wird nunmehr wiederum von der Notwendigkeit der Verschärfung des Klassenkampfes gesprochen. Das beziehe sich nicht so sehr auf die Sowjetunion als vor allem auf die Satellitenstaaten. Wörtlich heißt es in dem erwähnten programmatischen Aufsatz der sowjetrussischen Parteizeitschrift: «In den

Ländern der Volksdemokratie ist der Klassenkampf unvermeidlich und gesetzmäßig. Er wird solange dauern, bis die ausbeutenden Klassen verschwunden sind... Die zukünftige Entwicklung der Länder der Volksdemokratie auf dem Wege zum Sozialismus kann nicht ohne eine vorübergehende Verschärfung des Klassenkampfes vonstatten gehen.» Aber sogar in der Sowjetunion muß der «Kampf gegen die Feinde der sozialistischen Ordnung nach wie vor entschieden und unbarmherzig geführt werden»[19]).

Am schroffsten jedoch zeichnet sich die Restalinisierung auf dem Gebiet der Kulturpolitik der sowjetrussischen Partei ab. Nachdem Stalin, Schdanow und Suslow den «sozialistischen Realismus» zum obersten Gesetz in der sowjetrussischen Literatur und Kunst erhoben hatten, verwandelte sich das ganze literarische und künstlerische Schaffen in Sowjetrußland in ein Propagandainstrument der bolschewistischen Partei und des sowjetischen Staates[20]). Der XX. Parteitag hat eine Lockerung in der Handhabung dieses Instrumentes proklamiert, und es zeigten sich Tendenzen, die auf eine weitgehende Liberalisierung der sowjetrussischen Kulturpolitik hindeuteten. Eine Gruppe von Literaturkritikern versuchte die Bestimmungen des Parteikongresses dahingehend auszulegen, daß den sowjetischen Schriftstellern und Künstlern ein freier Wettbewerb eingeräumt werden müßte[21]). In Anlehnung an diese Forderung entstanden im Jahre 1956 einige Kunstwerke, die tatsächlich von einem freien Geist beseelt waren. Dazu gehört in erster Linie der Roman «Nicht vom Brot allein» von W. Dudinzew, der in der literarischen Zeitschrift in Moskau «Nowyj Mir» abgedruckt wurde[22]), sowie das erschütternde Poem des russischen Dichters Semjon Kirsanow «Sieben Tage der Woche»[23]). In beiden Werken wurde die sowjetrussische Diktatur und die Entartung der herrschenden Parteibürokratie einer schonungslosen Kritik unterworfen. Die Parteiführung hat diese Versuche der Schriftsteller und Künstler offensichtlich als eine Gefahr für den Fortbestand der Diktatur empfunden und hat eine Kampagne gegen die Liberalisierung in der Kulturpolitik eingeleitet. Die parteiamtliche «Prawda» hat diese Vorstöße gegen die Uniformierung der Literatur und Kunst als die «zum Nihilismus führenden Forderungen» abgestempelt[24]).

Seitdem läuft eine großangelegte Aktion gegen jegliche revisionistische Tendenzen gegenüber dem «sozialistischen Realismus».

Von grundsätzlicher Bedeutung erscheint in diesem Zusammenhang auch der ebenfalls deutlich zutage tretende Umschwung in der sowjetrussischen Haltung zu den Fragen der «friedlichen Koexistenz» mit den westlichen Ländern und in den Auffassungen über die Beziehungen zu den sozialdemokratischen Parteien. Die sowjetrussische Presse hat seit November 1956 eine Kampagne entfacht, die sich in erster Linie gegen die Ansichten und Stimmungen unter der jungen Generation, vorwiegend innerhalb der Studentenkreise in Moskau, Leningrad, Kiew, Lemberg,

Riga und anderen Städten der Sowjetunion bemerkbar machten. Die russischen Blätter sind auf das Wesen dieser Auffassungen eingegangen, aber auch aus den indirekten Hinweisen kann entnommen werden, daß die sowjetrussische Studentenschaft die früheren Parolen der Partei und Regierung von dem «friedlichen Nebeneinandersein» der verschiedenen gesellschaftlichen Systeme für bare Münze nahm und ein verstärktes Interesse für das politische, wissenschaftliche und kulturelle Leben der «kapitalistischen Welt» zeigte. Demgegenüber tritt nun die amtliche Sowjetpropaganda mit einer These auf, daß eine ideologische Koexistenz zwischen den kommunistischen Ländern und der bürgerlichen Welt unzulässig sei und niemals von der Partei geduldet werden könne.

Parallel dazu ändert sich auch die Taktik der sowjetrussischen Partei gegenüber den Sozialdemokraten des Westens. An Stelle der vom XX. Parteikongreß proklamierten Annäherungspolitik im Sinne der Volksfront-Taktik tritt jetzt eine Verschärfung ein, die ähnliche Züge wie zu Lebzeiten Stalins trägt. Diese Wendung wurde mit aller Klarheit anläßlich der Feierlichkeiten bekundet, die zum 100. Geburtstag des Vaters des sowjetrussischen Marxismus, Plechanow, im November 1956 in Moskau begangen wurden[25]). Von dem gleichen Geist sind die zahlreichen Angriffe der sowjetrussischen Presse gegen den belgischen Sozialisten Paul Henri Spaak erfüllt, die in fast allen sowjetrussischen Zeitungen im Januar 1957 veröffentlicht wurden[26]).

Eine einzige Ausnahme bildet in diesem umfangreichen Programm

---

[1]) Vgl. «Prawda» v. 2. 7. 56, Nr. 184. [2]) Vgl. «Prawda» v. 2. 7. 56, Nr. 184. [3]) Vgl. Große Sowjet-Enzyklopädie, 2. Ausgabe, Band 41, S. 319/20, Boris Meißner: «Sowjetrußland zwischen Revolution und Restauration»,Verlag f. Politik u. Wirtschaft, Köln 1956; Neue Zürcher Zeitung, Fernausgabe v. 9. Nov. 1956, Nr. 309. [4]) Vgl. «Prawda» v. 7. 11. 56, Nr. 312. [5]) Vgl. Große Sowjet-Enzyklopädie, 2. Ausgabe, Band 12, S. 318—322; Gesammelte Werke Lenins, Band 24; Gesammelte Werke Stalins, Band 4, 6, 13. [6]) Vgl. Große Sowjet-Enzyklopädie, 2. Ausgabe, Band 28, S. 152/154. [7]) Die Ernennung Perwuchins erfolgte am 25. Dezember 1956 laut «Iswestija» vom 26. 12. 56, Nr. 305; Lebenslauf Perwuchins vgl. Große Sowjet-Enzyklopädie, 2. Ausgabe, Band 32, S. 369. [8]) Oberst Tokajew war während des zweiten Weltkrieges mit wichtigen Aufgaben auf dem Gebiet der Aufrüstung der Sowjetunion beauftragt und hatte mit Perwuchin zu tun. [9]) Vgl. Artikel des Ersten Parteisekretärs der georgischen KP, W. Mschawanadze in der Moskauer Parteizeitschrift «Kommunist», Nr. 16, v. Nov. 1956; Erklärungen der litauischen Kommunistenführer auf der Tagung des Obersten Sowjets Litauens, «Czerwony Sztandar» v. 5. 12. 56, Nr. 284 und vom 9. 12. 56, Nr. 287, Wilna; Beschlüsse der Tagung des Schriftstellerverbandes laut «Literaturna Haseta» v. 15. Jan. 1957, Nr. 4, Kiew. [10]) Vgl. Artikel von J. Pawlow in «Prawda» v. 18, 12. 56, Nr. 353; Artikel von A. Rumjanzew in «Kommunist» Nr. 18, Dez. 1956. [11]) Vgl. die Beschlüsse der Tagung der kommunistischen Parteien der Sowjetunion, Ungarn, der Tschechoslowakei, Bulgarien und Rumänien in Budapest vom 1.—4. Januar 1957, «Prawda» v. 6. 1. 57, Nr. 6; der KPdSU und der SED in Moskau, «Prawda» v. 9. 1. 57, Nr. 9; der französischen und der tschechoslowakischen KP in Prag vom 16.—19. Jan. 1957, «Rude Pravo» v. 22. 1. 57, Nr. 22; der bulgarischen und albanischen KP in Tirana «Rabodnitschesko Delo» v. 31. Jan. 1957, Nr. 31. [12]) Vgl. Text der chinesisch-sowjetischen Erklärung in «Prawda» v. 19. Jan. 1957, Nr. 19. [13]) Vgl. Moskauer außenpolitische

der Rückkehr zum Stalinismus die wirtschaftliche und sozialpolitische Sphäre. Auf diesem Gebiet wagen es die Sowjetführer offensichtlich nicht, zu den alten Methoden zurückzugreifen. Im Gegenteil, sie versuchen durch propagandistische Erklärungen und gewisse praktische Maßnahmen, wie z. B. die Erhöhung der Ausgaben in dem neuen Haushaltplan für sozialpolitische Ziele, um die Gunst der Arbeiterschaft zu werben[27]).

Damit zeichnet sich deutlich die Taktik ab, welche die Nachfolger des 1953 verstorbenen und Anfang 1956 ideologisch dethronisierten Alleinherrschers bei den Restalinisierungsmaßnahmen verfolgen. Die Restalinisierungspolitik Anfang des Jahres 1957 dehnt sich auf sämtliche Gebiete des geistig-politischen Lebens aus und umfaßt auch die Außenpolitik der Sowjetunion. Sie macht jedoch Halt vor der Wirtschaft und Sozialpolitik und ist bemüht, dem Druck der Millionen der sowjetischen Arbeiter nach einem besseren und höheren Lebensstandard Rechnung zu tragen[28]). Darin könnte auch die Absicht verborgen sein, zwischen den sowjetischen Intellektuellen und Studenten, die nach einer geistigen und politischen Freiheit drängen, und der Industriearbeiterschaft, die in der gegenwärtigen Phase der Entwicklung vor allem ihren niedrigen Lebensstandard verbessern möchte, eine Kluft zu schaffen. Die nächsten Monate und vielleicht erst Jahre werden den Nachweis bringen, ob ein solches Vorhaben der herrschenden Männer im Kreml gelingen wird.

Zeitschrift «Mjeschdunarodnaja Schisnj» Nr. 11 v. Nov. 1956: Artikel von A. Romanow «Über die unerschütterliche ideologische Einheit der kommunistischen Parteien»; «Kommunist» Nr. 1 v. Jan. 57: Aufsatz von J. Pomelow über «Die Entwicklung des Sozialismus und der proletarische Internationalismus». [14]) «Rude Pravo» vom 2. Jan. 1957, Nr. 2. [15]) Vgl. Referat des Parteiphilosophen I. Krawzew, vorgetragen für die Parteipropagandisten in Kiew; «Radianska Ukraina» v. 29. Jan. 1957, Nr. 24. [16]) Vgl. «Rude Pravo» v. 7. Jan. 57, Nr. 7; Rede des ostdeutschen Parteiführers Walter Ulbricht auf der 30. Tagung des ZK der SED, «Neues Deutschland» v. 3. u. 5. Febr. 1957, Nr. 30 u. Nr. 31. [17]) Vgl. «Literaturnaja Gaseta» v. 10. Jan. 57, Nr. 5, und v. 26. Jan. 57, Nr. 12; «Nowyj Mir», Nr. 1, Jan. 57. [18]) Die Zeitschrift erscheint in einer halben Million Auflage und gibt Richtlinien für den ganzen Parteiapparat des Sowjetimperiums. Das Erscheinen der genannten Oktoberausgabe Nr. 20 hat sich um einige Tage verzögert. Dies geht aus einem Vermerk hervor, wonach der Redaktionsschluß erst am 2. Nov. 1956 erfolgte. [19]) «Partijnaja Schisnj» Nr. 20/1956: Aufsatz v. K. Frolow «Der Klassenkampf in der Periode des Aufbaus des Sozialismus». [20]) Vgl. die Beschlüsse des ZK der KPdSU über die kulturellen Fragen vom 14. Aug. 1946 und 4. Sept. 1946. [21]) Grundsätzlich dafür war der Aufsatz von B. Nasarow und O. Gridnewa in der Zeitschrift «Woprossy Filossofii» Nr. 5/1956. [22]) Vgl. «Nowyj Mir» Nr. 8, 9, 10/1956. [23]) Vgl. «Nowyj Mir» Nr. 9/1956. [24]) Vgl. «Prawda» v. 25. 11. 1956, Nr. 330. [25]) Vgl. «Kommunist» Nr. 16/56, Artikel) von W. Fomina. [26]) Vgl. «Prawda» v. 16. Dez. 56, Nr. 351 und andere. [27]) Vgl. «Iswestija» v. 6. Febr. 1957, Nr. 31. Reden des Vorsitzenden der Planungskommission Perwuchin und des Finanzministers Swerew auf der 6. Planung des Obersten Sowjets in Moskau. [28]) Vgl. die aufschlußreichen und sehr instruktiven Überlegungen zu diesem wie auch zu vielen anderen Problemen der Entwicklung in der Sowjetunion seit dem Tode Stalins in dem Aufsatz von Klaus Mehnert in der Zeitschrift «Osteuropa», Stuttgart, Nr. 6 vom Dezember 1956.